

Protokoll DV/MV 1.2008/09

vom Mittwoch, 16. April 2008, 19.30 – 21.30 Uhr,

Restaurant Seegarten, Münchenstein

Von Myrtha Michot



LVB-Delegierte: total 121, anwesend 41
Vorsitz: B. Fünfschilling

LVB-Mitglieder: ca. 25

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 16. April 2008
3. Jahresrechnung 2007/08, Revisionsbericht
4. Budget 2008/09

Berufspolitische Geschäfte

5. Referat von Lukas Ott, Stadtrat Liestal:
«Keine Schwächung der öffentlichen Schule! – Warum die Privatschul-Initiative abzulehnen ist»
6. Bildungsraum Nordwestschweiz: Aktueller Stand
7. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Die Präsidentin begrüsst die Delegierten und Mitglieder, ebenso die Vertretungen der Medien. Als Stimmzähler werden einstimmig gewählt: Rico Zuberbühler, Ivanka Hrnjak und Eugen Wasmer.

In ihrer Übersicht nimmt die Präsidentin Bezug auf das Hauptthema der Versammlung, die Privatschulinitiative, welche vom Landrat deutlich abgelehnt wurde. Da dennoch das Gefahrenpotential nicht unterschätzt werden darf, hat sich die Geschäftsleitung entschlossen, zu diesem Thema Herrn Lukas Ott als Referenten einzuladen. Prominent auf der Traktandenliste ist auch das Geschäft Bildungsraum Nordwestschweiz. Aus Termingründen musste die Traktandenliste nachträglich ergänzt werden durch die Themen Teuerungsverhandlungen und Petition VPOD. Die Teuerungsverhandlungen werden vom LVB immer gemeinsam mit den anderen Personalverbänden des Kantons (ABP) geführt und finden erst im Spätherbst statt. Die ABP wird den vollen Teuerungsausgleich und 0.6% aufgelaufene Teuerung fordern. VPOD-Petition: Der LVB lehnt einen

Boycott von EAF ab. Bei EAF handelt es sich um ein hilfreiches Instrument, da auf diese Art die Arbeitszeit belegt und politisch Druck gemacht werden kann. Eine AG unter der Leitung von RR U. Wüthrich hat in 12 Sitzungen den Berufsauftrag überprüft und einen Zwischenbericht erstellt. Der LVB will nicht eine Berufsgruppe (Klassenlehrer) bevorzugen, sondern strebt im Rahmen von HarmoS und Bildungsraum NWCH eine Arbeitszeitverkürzung um 1 Pflichtstunde an.

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 16. April 2008

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

3. Jahresrechnung 2007/08, Revisionsbericht

C. Straumann geht auf einzelne Posten näher ein. Dank der LCH Profitcenterbeiträge stimmen die Einnahmen exakt mit dem budgetierten Betrag überein. Bei der passiven Rechnungsabgrenzung ist wiederum zu beachten, dass die Lohnkostenabrechnung mit dem Kanton auf Ende Kalender-

jahr erfolgt. Bei der Jubilarenkasse erfordert ein Rückgang des Eigenkapitals eine Neueinschätzung der Situation. Ein Versicherungsfall hat in der Rechtsschutzkasse einen Verlust von Fr. 9'000.– zur Folge. Die höheren Ausgaben beim Aufwand Veranstaltungen sind begründet durch die Verabschiedung von Max Müller (Apéro). Die Kampfkasse hat wie budgetiert abgeschlossen. Insgesamt sind keine grossen Veränderungen festzustellen. C. Straumann beurteilt die Jahresrechnung als zufriedenstellend. Das Treuhandbüro Centra hat die Rechnung geprüft und für gut befunden. Die Jahresrechnung 2007/08 und der Revisionsbericht werden einstimmig angenommen, keine Enthaltungen.

4. Budget 2008/09

Der aktive Mitgliederbestand ist weiterhin rückläufig, die Zahl der Pensionierten nimmt zu. C. Straumann illustriert anhand einer grafischen Darstellung die Verschiebungen innerhalb des Mitgliederbestands. Diese zeichnen sich am stärksten ab in den Kategorien Vollzeit (Abnahme) und Teilzeit (Zunahme). Die Mitgliederwerbung ist ein dringendes Anliegen. Die Geschäftslei-

tung hofft, durch die Werbeaktion über den Mitgliederbeitrag auf die optimistisch budgetierte Anzahl Mitgliederbeiträge von Fr. 400'000.– zu kommen. Die Budgetierung erfolgt immer ohne Teuerung.

Das Budget 2008/09 wird einstimmig angenommen, keine Enthaltungen.

Berufspolitische Geschäfte

5. Referat von Lukas Ott, lic. phil. I

«Keine Schwächung der öffentlichen Schule! – Warum die Privatschulinitiative abzulehnen ist»

Der Referent wurde bewusst aus Nicht-Lehrer-Kreisen ausgewählt. Lukas Ott hat aber als Vorsteher des Departements Bildung im Stadtrat Liestal einen direkten Bezug zur Schule. Seine Ausführungen beziehen sich in einem ersten Teil auf den Initiativtext, in einem zweiten Teil auf die konkreten Auswirkungen bei Annahme der Initiative.

Seine Ausführungen in einer Zusammenfassung: Seit Bekanntmachung des Abstimmungstermins vom 30. November tritt der Abstimmungskampf in die entscheidende Phase. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist die Gefährlichkeit des verlockenden Titels klar zu machen. Die Initiative stellt die Behebung sozialer Ungerechtigkeiten und eine Qualitätssteigerung durch Wettbewerb in Aussicht. Dies kommt einem Hochrisiko-Eingriff am nicht narkotisierten Patienten gleich. Die Folgen wären verheerend: Gewachsene Strukturen, die zuvor auf politischer und religiöser Ebene lange hart erkämpft worden sind, werden zerschlagen. Immer neue Elternwünsche und Ideologien werden die Schule als Ganzes zersetzen. Die Bildungsforschung hat noch nie eine Qualitätssteigerung auf Grund der freien

Schulwahl bewiesen. Sehr viele weitere Einflüsse ausserhalb der Schule bestimmen den Lernerfolg. Gut situierte Eltern sind im Vorteil. Ein Blick in die nördlichen Länder zeigt deutlich das Entstehen von Ghettos, die man mit Hilfe von Quoten wieder rückgängig machen will. Entschieden wehren muss man sich gegen das Argument der Elternlobby, es bestehe ein Menschenrecht auf freie Schulwahl. Wer genau hinschaut, weiss, dass es kein Menschenrecht auf Bezahlung der freien Schulwahl gibt. Muss der Staat für das Grundangebot und die nicht in der öffentlichen Schule unterrichteten Kinder bezahlen, werden der Staatsschule beträchtliche Mittel entzogen. Die Zweiklassengesellschaft ist nicht zu verhindern.

Der Referent appelliert an das Engagement jedes Einzelnen, im privaten Umfeld Klarheit über diese Initiative zu schaffen, im Gegensatz zu den Initianten, welche – laut Lukas Ott – nicht wissen, was sie tun.

Die Präsidentin bedankt sich für die deutlichen Worte und die facettenreiche Darstellung der Problematik. Auch sie unterstreicht die Notwendigkeit, die Abstimmenden bei jeder sich bietenden Gelegenheit über die Konsequenzen aufzuklären.

6. Bildungsraum Nordwestschweiz: Aktueller Stand

6.1. B. Fünfschilling gibt einen Überblick über die Beschlüsse des Regieresausschusses:

- Neues Ausbildungskonzept für Primar ab Herbst 2009
- Gemeinsame Ausbildung für alle Sek. I-Lehrpersonen ab 2009
- Bekenntnis zur Basisstufe
- Ab 2011 Frühfranzösisch in den Kantonen BL, BS, SO, im Kanton AG ab 2011 Frühenglisch

- Sek. I mit 3 Niveaus, Ausarbeitung unklar
- 3 Jahre Sek. I in AG, BS, BL, in SO 2 Jahre
- 4 Jahre Gymnasium
- Integrierte Sonderpädagogik ohne Aufhebung der separativen Angebote
- Tagesstrukturen

Der LVB beharrt auf einer Kostenaufstellung. Nur wenn die nötigen Ressourcen gesprochen werden, setzen sich die Lehrpersonen für die Reformen ein.

6.2. D. Boscardin vermittelt einen Eindruck zu den Ausbildungen und ihren Problematiken im Zeichen von HarmoS und Bildungsraum NWCH. Der Beginn der neuen Ausbildungen ist auf den Herbst 2009 festgelegt, ob schon noch vieles unklar ist. Das Berufsbild der Primarlehrpersonen wird grundlegend verändert sein, hin zu mehr Fachausbildung, weniger Generalist. In Französisch wird C1 verlangt, was ca. 200 Lernstunden mehr als B2 (Maturniveau) bedeutet. Für eine seriöse Ausbildung ist bis 2011 zu wenig Zeit vorhanden. Der LVB wehrt sich gegen Schnellbleichen, verlangt mehr Transparenz und Mitsprache. Die Fortbildung muss bezahlt sein. Für die Sek. I sind neu zwei Ausbildungsgänge vorgesehen: integrativ (ganze Ausbildung an der FHNW, fachlich weniger anspruchsvoll) und konsekutiv (Fachausbildung wie bis anhin an der Uni, Pädagogik und Didaktik an der FHNW). Die Ausbildung soll für alle 3 Niveaus gleich sein. Der LVB setzt sich ein für niveaugemässe Ausbildungen.

6.3. H. Bachmann nimmt die Auswirkungen auf die Anstellungsbedingungen unter die Lupe. Sie sind ein zentrales Gewerkschaftsthema. Sie können für gewisse Berufsgruppen eine existentielle Herausforderung bedeuten. Bis jetzt zirkulieren ausschliess-

lich Gerüchte, was keine Vertrauensbasis bewirkt. Folgende Fragen sind zu klären: Ausbildung, Nachqualifikation, Lohneinstufung und 100%-Stellen bei Lehrpersonen der Basisstufe. Die Anstellungsbedingungen der Gemeinden sind zu klären. Auf der Sek.I-Stufe wird der Bedarf an Lehrpersonen um 25% kleiner sein. Zu klären sind Übergangslösungen, Sozialpläne, Besitzstandregelungen, Frühpensionierungen ohne Rentenverlust.

6.4. C. Straumann äussert sich zu den finanziellen Aspekten. Es ist zu unterscheiden zwischen Investitionskosten (Umschulungen, Lehrmittel, bauliche Anpassungen) und Betriebskosten (Integration, Zeitbedarf für Absprachen, Evaluationen, Kontakte mit Eltern und Behörden usw.). Der LVB trägt die Re-

formen nur mit, wenn eine transparente Kostenaufstellung vorliegt und die benötigten Ressourcen gesprochen werden.

In einer **Resolution** sind die Forderungen des LVB festgehalten. Die Delegierten- und Mitgliederversammlung stimmt der Resolution einstimmig zu, keine Enthaltungen.

7. Diverses

Die Präsidentin spricht Werner Strüby, der als Verwaltungsrat und Co-Präsident der BLPK zurückgetreten ist, einen grossen Dank aus für sein langjähriges Engagement.

LCH-Arbeitszufriedenheitsstudie: LVB-Mitglieder, welche ihre Mailadresse noch nicht mitgeteilt haben, werden gebeten, diese für die Befragung an

die LVB-Geschäftsstelle zu melden. Diese Studie wird bei der Neubeurteilung der Arbeitszeit einbezogen und es sollten sich deshalb möglichst viele Lehrpersonen daran beteiligen.

Edi Niederberger regt an, die Argumente in der Broschüre «Privatschulinitiative NEIN» genauer und damit aussagekräftiger zu formulieren. Max Müller warnt eindringlich davor, diese Initiative zu unterschätzen.

Die Präsidentin versichert, dass die zuständigen Gremien des LVB sich vollumfänglich für die Ablehnung der Initiative und die in der Resolution gestellten Forderungen einsetzen werden.

